

Rede des Generalkonsuls von Frankreich

Nicolas Eybalin

Kreistag Konstanz

7. Mai 2018

Sehr geehrter Herr Bundesabgeordneter Andreas Jung,

Sehr geehrter Herr Landrat Frank Hämmerle,

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisrätinnen und Kreisräte,

meine sehr verehrte Damen und Herren,

Vor einem Jahr, auf den Tag genau, wurde Emmanuel Macron zum Präsidenten der Republik Frankreich mit einer deutlichen Mehrheit von 66% der Stimmen gegen Marine Le Pen gewählt. Nebenbei bemerkt hatten die Franzosen in Baden-Württemberg, Konstanz inklusive, 95 % ihrer Stimmen dem neuen Staatspräsidenten gegeben.

Wir sollten nicht vergessen, dass wir, zumindest vorläufig, dem schlimmsten entkommen sind. Die Wahl in Frankreich reihte sich an zwei Abstimmungen - den Brexit und die Wahl von Donald Trump -, die vielleicht eine neue historische Epoche einläuteten, in der die Werte der liberalen Demokratie gerade in ihren Entstehungsländern angegriffen worden wären.

Die Historiker sprechen gerne von der atlantischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts, als England, Amerika und Frankreich nacheinander und auf unterschiedliche Weise neue Institutionen aufstellten, die auf die nationale Souveränität, eine repräsentative Regierung und die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte beruhen.

Der Sieg von Marine Le Pen am 7. Mai wäre dem letzten Baustein einer atlantischen Gegenrevolution gleichgekommen, die verheerende, gar tödliche Folgen für den europäischen Aufbau und die deutsch-französische Beziehung gehabt hätte. Sicher ist, dass die Beschwörer einer Schwächung Europas, von den wütendsten Brexitern bis zu Präsident Putin, den Sieg des Front National herbeigesehnt, im Fall Russland sogar unterstützt haben.

Ein Jahr nach diesem Sieg sind die Probleme, denen Europa sich konfrontiert sieht, nicht bereinigt und die Spaltung Nord-Süd, Osten und Westen, Groß- und Kleinstaaten bestehen weiterhin. Einer der Gründungsstaaten Europas, denen wir uns sehr verbunden fühlen, nämlich Italien, hat mehrheitlich für euroskeptische Parteien gewählt und seine politische Zukunft bleibt ungewiss. Selbst das Land mit dem stabilsten politischen System Westeuropas- ich spreche natürlich von Deutschland- hat zur Regierungsbildung ein halbes Jahr gebraucht. Geschuldet ist es dem Zerwürfnis aus den eigenen Reihen und dem Auftritt einer Fraktion von etwa hundert Abgeordneten gewesen, die für den europäischen Aufbau, gelinde gesagt, nicht viel übrig haben und deren Skepsis gar Feindschaft gegenüber der EU

den politischen Diskurs beeinflussen. Auf diese Art und Weise hat der politische Diskurs des Front National in Frankreich 2 Jahrzehnte lang die Befürworter Europas gelähmt.

Übermorgen gedenken wir gemeinsam dem 68-sten Jahrestag der Schuman-Erklärung, die den europäischen Aufbau eingeleitet hat. Am nächsten Tag wird dem Staatspräsidenten Frankreichs der Karlspreis in Aachen verliehen, der jedes Jahr seit 1950 eine bedeutende Persönlichkeit für ihr Engagement zugunsten der europäischen Einigung würdigt. Für Präsident Macron die Gelegenheit, eine umfassende Rede zu Europa und zur deutsch-französischen Beziehung zu halten.

Nun möchte ich Sie in aller Bescheidenheit, in meiner Funktion als Vertreter Frankreichs in Baden-Württemberg, an meiner Analyse zur Lage Europas und zu den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern teilhaben lassen. Ihre Verständigung oder ihre Meinungsverschiedenheit, ihr Zerwürfnis oder ihre Einigkeit werden, ob wir es wollen oder nicht, ob unsere Partner es zu schätzen wissen oder nicht, die Ausrichtung unseres Kontinents bestimmen.

Ich habe es gerade schon gesagt: die Wahl Emmanuel Macron hat eine große Krise der Europäischen Union und der deutsch-französischen Beziehung verhindert. Es ändert aber nichts daran, dass die Europäische Union in einer seit Jahren währenden schleichenden Krise steckt. Die vielen Gründe dieser Krise kann ich hier nicht analysieren, aber ihre besorgniserregenden Symptome kann man in einem Satz zusammenfassen: Europa hat ihr Selbstbewusstsein verloren und das erkennt man daran:

- der Zuwachs in allen europäischen Ländern von Parteien, deren Programm sich auf den Austritt ihres Landes aus der EU beschränkt oder eine drastische Reduzierung der gemeinsamen Kompetenzen und eine Rückkehr zur nationalen Hoheit propagiert;
- das Aufkommen einer Stimmung, Europa sei bestenfalls unfähig, die Probleme, die unsere Mitbürger beängstigen (so die unkontrollierte Einwanderung, die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa) zu lösen, und sei schlimmstenfalls für eine Verschlechterung verantwortlich (Schengen ist mittlerweile in Frankreich zu einem Schimpfwort erklärt worden, Synonym von Nachlässigkeit in Bezug auf die Regulierung der Migrationsströme; der Zuwachs der Euroskepsis in Spanien und insbesondere in Italien sei größtenteils auf das Gefühl zurückzuführen, dass die von der EU diesen beiden Ländern auferlegte Haushaltspolitik die Krise und die Arbeitslosigkeit deutlich verschlechtert hätte).

Dies führt naturgemäß zu übersteigerten Spaltungen zwischen den Staaten, die Präsident Macron in seiner Rede vor dem Europa-Parlament am 17. April so formuliert hat „eine Form des europäischen Bürgerkrieges kommt wieder zum Vorschein, in dem unsere Differenzen, manchmal unsere nationalen Egoismen wichtiger erscheinen als das, was uns der übrigen Welt gegenüber eint“.

Momente des Zweifeln und des Stillstandes haben von Anfang an den europäischen Aufbau geprägt, so die vorübergehende Flaute zu Beginn der 80er Jahre, aber es gab auch Phasen der Begeisterung und Beschleunigung, wie in den Jahren Delors, Kohl und Mitterrand. Auch die Zweckbestimmung des europäischen Konstrukts war von Anfang an unklar: galt es eine Freihandelszone, einen Binnenmarkt, einen großen Wirtschaftsraum oder eine politische Bühne, die auf dem internationalen Parkett Einfluss nehmen könnte und als solches ihre Verteidigung und Außenpolitik selbst übernehmen sollte, zu gestalten? Hat die EU die

wirtschaftliche Frage eindeutig mit JA beantwortet, bleibt die politische Frage teilweise und ungewiss unbeantwortet.

Warum ist die heutige seit Beginn der Jahrhundertwende und mit einem Höhepunkt zur Zeit der Eurokrise schleichende Krise gefährlicher als die Schwächephasen der vergangenen Jahrzehnte?

- der Brexit zeigt, dass nichts unwiderruflich ist und dass, wie bereits gesagt, die Ablehnung Europas oder die Rückkehr zu einem lockereren europäischen Rahmen eine politische Option geworden ist, die in fast allen europäischen Ländern mehr oder weniger kursiert. Bei jeder nationalen Neuwahl in einem europäischen Land stellen sich nunmehr die Zukunft eines jeden Landes in der Europäischen Union und dadurch auch die Zukunft Europas an sich. Die Erfahrung in Frankreich hat es 2017 gezeigt: der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahl entwickelte sich zu einem Referendum zur EU-Mitgliedschaft.
- der internationale Kontext kann sich auch zu einem verschärfenden Faktor der Befürworter des Scheiterns Europas entwickeln. Wir Europäer haben Jahrzehnte lang ein bequemes Umfeld genossen. Die liberale Demokratie schien ein unübertrefflicher Horizont zu sein. Die große westliche Familie, zu der wir gehören, positionierte sich auf dem internationalen Parkett, dank der Macht und dem Leadership unseres amerikanischen Verbündeten stets in den vordersten Reihen. Diese Gewissheit, das wissen wir heute, ist verloren gegangen. In dieser zerstrittenen Welt ragt ein neues Modell heraus: die starke, autoritäre Macht, weshalb das Modell Putin in manchen Kreisen Europas und in den USA eine gewisse Faszination ausübt, oder die unliberale Demokratie, die selbst in manchen Regierungen Europas Anhänger findet und die, wie es jeder konstatieren kann, von einer nationalistischen Leidenschaft genährt wird.

Es ist an der Zeit, unter diesen Umständen dem europäischen Projekt neue Impulse zu geben, um der Einwirkung dieser Widerstandskraft entgegenzuwirken.

Präsident Macron hat sein Projekt so zusammengefasst: als Neugründung eines souveränen, vereinten und demokratischen Europas. Zusammen müssen wir eine neue Ambition, ein neues Narrativ, eine neue Begründung für die europäische Einigung finden. Die ursprüngliche Motivation, die Vermeidung von Krieg ist für die jüngere Generation etwas Selbstverständliches geworden. Eine neue Begeisterung für Europa neu zu entwickeln, das ist die Herausforderung.

Was bedeutet es konkret? Die nationalistische Versuchung wird damit begründet, Europa bremse die Staaten in manchen für die Bürger lebenswichtigen Bereichen oder agiere, wie in der Einwanderungspolitik ineffizient. Schlimmer noch, Europa sei das Trojanische Pferd einer Globalisierung, die die nationalen Identitäten ausradiert. Präsident Macron nimmt die Sorgen der Bürger sehr ernst und behauptet, alle Herausforderungen, die uns bevorstehen – von der Klimaerwärmung bis zum digitalen Wandel über die Migration und den Terrorismus– seien globale Herausforderungen, auf die eine Nation, die sich in sich selbst zurückzieht, nur wenig reagieren kann. Wie er in der Sorbonne-Rede erklärt hat: „Allein Europa kann eine effiziente Souveränität gewährleisten, das heißt, die Fähigkeit, in der heutigen Welt zu bestehen, um unsere Werte und unsere Interessen zu verteidigen. „Es liegt an uns, den einzigen Weg, der unsere Zukunft sichert, zu ebnen.“ Er fügt hinzu, Europa sei kein

Instrument der Globalisierung, sondern ganz im Gegenteil die Entität, die die Völker vor den negativen und störenden Aspekten der Globalisierung schützen kann.

Es setzt allerdings voraus, dass sowohl die Staaten als auch die Menschen in der Union davon überzeugt seien, Europa müsse sich in der Welt behaupten und seine Werte und eigenen Interessen gegenüber anderen Mächten verteidigen.

Davon ist Frankreich überzeugt und, ich denke und hoffe, genauso Deutschland und zahlreiche unserer Partner. Jeder wird davon berichten: auf dem Campus der amerikanischen Unis kommen europäische Studenten ganz spontan zusammen. Wohl der Beweis dafür, dass es eine ganz und gar europäische Lebensart gibt.

Die Identität Europas ist nicht abstrakt. Sie wird in unserem gemeinsamen Engagement für Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutz verkörpert. Sie entwickelt sich heute weiter in unserem Ansatz für die digitale Revolution, in der allein die Europäer sowohl auf Innovationsfreiheit als auch auf eine angemessene Regulierung und auf den Schutz ihrer Privatsphäre einen derart großen Wert legen. Diese Identität unterscheidet uns selbstverständlich in erster Linie von den autoritären Mächten, zugegebenermaßen aber heute auch von manchen unserer engsten Verbündeten, wie die USA. Wir gehören einer Generation, die Zeuge eines Machttransfers von Westen nach Osten, vom Westen nach Asien ist. Die Frage lautet: wird Europa in der Lage sein, während sich das Weltbild verändert, sich, seine Sicherheit, seine Werte und seine Interessen zu verteidigen? Oder sind die Mitgliedstaaten der Ansicht, es allein besser hinzukriegen, so wie die Brexiter es behaupten?

Genau diese Frage gilt es für unsere Partner zu beantworten. Président Macron hat in seiner Rede an der Sorbonne am 26. September einen Maßnahmenkatalog vorgestellt. Diese Europa-Initiative ist ein umfassendes und langfristig angelegtes Projekt. Es folgt nicht der Prämisse „ganz oder gar nicht“. Es geht um viele Vorschläge, die jetzt diskutiert werden müssen.

Die Presse und die politischen Verantwortlichen Deutschlands haben sich in ihrer Antwort auf die Reformvorschläge der Eurozone konzentriert. Da es diese größte Hürde zu bewältigen gilt, haben sich der Präsident und die Kanzlerin am 19. April auf einen gemeinsamen Fahrplan bis zum Europarat vom 29. Juni verständigt. Die Einzelheiten der Verhandlungen kenne ich nicht, aber die Hintergründe unserer Vorschläge kann ich erläutern:

Wir sind zwischen 2010 und 2012 an einer großen Katastrophe vorbeigeschlittert. Damals haben wir – dank einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sowie mit der EU-Kommission – Instrumente geschaffen, dank derer die Krise bewältigt und die Wirtschafts- und Währungsunion gestärkt werden konnten. Doch trotz erheblicher Fortschritte gibt es immer noch Gefahren für die Wirtschafts- und Währungsunion, die nach wie vor von den meisten Experten als nicht nachhaltig und belastbar angesehen wird. Zum einen beobachtet man eine wirtschaftliche und soziale Divergenz zwischen den Eurozonen-Mitgliedern, die schon vor der Krise begonnen hat und die sich dadurch noch verstärkt hat. Zum anderen sind wir nicht in der Lage, großen wirtschaftlichen Schocks zu begegnen. Wir brauchen auch neue Instrumente, die Stabilität gewährleisten und die Finanzierung von

gemeinsamen wachstumsorientierten Investitionen ermöglichen. Diese neuen Instrumente zu schaffen wird Zeit benötigen, strikte Zugangskriterien und Bedingungen müssen verhandelt werden. Es hat zum Beispiel nach dem Maastricht Vertrag 10 Jahre gedauert, bis der Euro eingeführt wurde. Solidarität, Haftung und Kontrolle sind hier geboten.

Und so komme ich naturgemäß auf die deutsch-französische Beziehung zu sprechen, die in der Vision Europas von Président Macron eine Schlüsselrolle spielt. Ich gestehe meine Verwunderung und meine Enttäuschung, wenn ich gelegentlich – Gott sei Dank nicht zu häufig - die Pressekommentare lese, die Frankreich gegenüber so misstrauisch sind. Eins ist allerdings sicher: Noch nie hatte Frankreich einen Präsidenten und eine Regierung, die dem europäischen Aufbau so wohlgesinnt waren. Noch nie wird Deutschland einen französischen Partner gehabt haben, der ihm so besonders zugetan war. Noch nie wurden Schlüsselressorts innerhalb der französischen Regierung von Ministern, die fließend Deutsch sprechen, allen voraus M. Edouard Philippe, besetzt. Ich denke dabei auch an den Wirtschaftsminister, M. Bruno Le Maire. Der Staatspräsident hat unseren Botschafter in Berlin zu seinem diplomatischen Berater ernannt, was auf sein Bestreben hindeutet, die Beziehung zwischen unseren beiden Ländern zur Grundlage der Außenpolitik Frankreichs zu machen. Der Staatspräsident hat als erstes gleich nach seiner Amtsübernahme am 14. Mai 2017 die Abschaffung der bilingualen Klassen rückgängig gemacht, was das Erlernen der deutschen Sprache in unseren Gymnasien fördert.

Ich wollte daran erinnert haben, denn ich bin davon überzeugt, dass wir eine echte historische Chance haben, gemeinsam, sowohl in unseren bilateralen Beziehungen als auch im Ausbau der EU, nach vorne zu schreiten. Das Risiko besteht allerdings darin, dass man sich, wie in manchen Liebesgeschichten, nicht zur gleichen Zeit liebt.

Während die Verhandlungen um die Bildung einer Bundesregierung bereits 4 Monate andauerten, sagte mir jemand aus dem politischen Stuttgarter Umfeld im Januar, dass diese Verzögerung den großen Vorteil hätte, die europäisch- und deutschfreundliche Begeisterung von Macron zu dämpfen, da man auf deutscher Seite eine solche Leidenschaft nicht nachempfinden könne. Frankreich und Deutschland sind beide große Staaten, die von der Geschichte gelernt haben und eine exemplarische Beziehung unterhalten. Wir müssten also in der Lage sein, über den kurzfristigen politischen Alltag und die Ergebnisse einer Landtagswahl hinaus, gemeinsam eine Strategie für die Zukunft unseres Kontinents zu entwickeln.

An dieser Stelle betreten Sie, Ihre Behörde, Kommunen, Kreise und Regionalparlamente die Bühne. Es gibt eine deutsch-französische Methode, die seit 50 Jahren erprobt wird: diese Methode beruht primär auf einem engen, tiefgreifenden und regelmäßigen Dialog zwischen unseren Beiden Regierungen. Aber nicht nur das: der Elysée-Vertrag verfolgte von Anfang an einen visionären Ansatz, der auch die Zivilgesellschaft mit einbezogen hat – davon zeugt die Gründung des Deutsch Französischen Jugendwerkes.

Auf institutioneller wie auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene etablierte der Elysée-Vertrag also eine einzigartige deutsch-französische Dialogkultur, die unser Verhältnis kennzeichnet und manchmal als Besonderheit innerhalb der EU wahrgenommen wird.

Aber die deutsch-französische Freundschaft ist auch eine Sache der Bürger. Das macht ihre Besonderheit und ihre Stärke aus. Den ersten Schritt zu einer deutsch-französischen Annäherung und vertrauensvollen Beziehung haben Briand und Stresemann in den 1920er Jahren versucht. Dafür wurden sie im Jahre 1926 mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Sie scheiterte zuerst an der Machtübernahme des Nationalsozialismus, aber auch daran, dass die französische und deutsche Zivilgesellschaften nicht ausreichend einbezogen wurden.

Die Wahl am 7. Mai einer anti-europäischen und deutschlandfeindlichen Persönlichkeit zum Staatspräsidenten hätte umgehend eine Beeinträchtigung des deutsch-französischen Verhältnisses zur Folge gehabt. Allerdings wäre die Verbundenheit zwischen unseren beiden Völkern, unabhängig von unseren Regierungen, sicher intakt geblieben.

In der europäischen Demokratie spielen die Gebietskörperschaften auch eine Schlüsselrolle. Die Bürgerbefragungen zu Europa sind Teil des ambitionierten Europaprojekts von Staatspräsident Emmanuel Macron. Ziel der Befragungen ist es, die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen und deren Erwartungen, Sorgen und auch Vorschläge in Bezug auf die EU systematisch aufzuzeichnen. Dabei soll auch die Meinungsbildung im Vorfeld der Europawahlen 2019 frühzeitig angestoßen werden. Alle EU-Länder haben sich dem von EU-Kommission und Parlament unterstützten Vorschlag Frankreichs angeschlossen. So finden von April bis Oktober 2018 unter den Vorzeichen der Offenheit, des Pluralismus und der Transparenz Konsultationen in verschiedenen Formaten statt, die von der Regierung, aber vor allem von Gebietskörperschaften, politischen Vertretern und der Zivilgesellschaft (Vereine, Unternehmen, Gewerkschaften, Handelskammern, Kultureinrichtungen, Hochschulen etc.) organisiert werden.

Die repräsentative Demokratie steckt in der Krise. Zahlreiche Bürger fühlen sich den Entscheidungen und Ereignissen, die ihr Leben bestimmen, machtlos ausgeliefert. Die Globalisierung verwässert die Verantwortung der nationalen Regierenden, die EU ist zum Sündenbock der frustrierten Bürger geworden und ihre technokratische Vorgehensweise verschafft ihnen zugegebenermaßen einige Argumente. Darum wäre es so wichtig, dass im Bürgerdialog die Bürger die europäische Debatte tatsächlich wieder beherrschen. Das Interesse der Bürger und Wähler muss dringend geweckt werden, damit die Wahlen des europäischen Parlaments im kommenden Jahr Auslöser einer echten Debatte über die Zukunft unseres Kontinents werden kann.

Ohne die Beteiligung, die Überzeugung und die Begeisterung der Bürger ist ein Fortschritt des europäischen Projekts undenkbar. Ohne das Engagement der Jugend ist ein Überleben des europäischen Projekts undenkbar. Ohne Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland wird es beim Status quo bleiben und mit ihm das Risiko eines langsamen oder explosionsartigen Zerfalls größer.

Vor einem Jahr, auf den Tag genau, haben sich die Franzosen, unabhängig von der Unzufriedenheit und der Kritik an die jetzige Struktur der EU, für die Fortführung der seit 1950 bestehenden Zusammenarbeit ausgesprochen und sind der festen Überzeugung, dass wir zusammen, mit unseren deutschen Freunden und Partnern und mit den Maßnahmen, die seit 1950 eingeführt wurden, besser gerüstet sind.

Die Welt, die sich jetzt abzeichnet, ist bedrohlich, unsicher und gefährlich. Wie könnte Abschottung eine ernsthafte Lösung zur Verteidigung unserer Lebensart und unserer Werte sein und die Zukunft einer Welt, die so ohne unser Zutun entstünde, beeinflussen? Wie kommt man auf die Idee, sich von seinen Freunden und natürlichen Partnern in einer Welt, die kühler, härter, nationalistischer und kulturkämpferischer geworden ist, abzugrenzen?

Ich widersetze mich aber nicht der Versuchung, diese Worte von Gustav Stresemann, die von ihrer Schärfe heute nichts verloren haben, zum Schluss zu zitieren: "jeder von uns ist zu allererst Teil seiner Heimat. Ein guter Franzose, ein guter Deutscher ist zu allererst Teil seines Volkes, aber jeder müsste sich als Mitglied der europäischen Familie sehen [...] Sei es uns gestattet, von einer europäischen Idee zu reden... Eine Schicksalsgemeinschaft verbindet uns. Wenn wir Gipfel besteigen wollen, müssen wir aufhören uns zu bekriegen und vielmehr zusammenarbeiten".

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Nicolas Eybalin